



## Niederschrift

### über die Sitzung des Hauptausschusses 10/2003 - 2008 am 06.12.2004 im Ratssaal des Rathauses

**Beginn: 18.00 Uhr**

**Ende: 20.00 Uhr**

#### **Anwesend:**

Ausschussvorsitzender  
Gemeindevertreter/in

”  
”  
”  
”  
”  
”  
”  
”  
”  
”

Horst Ostwald  
Heinz-Georg Gürk  
Karin Honerlah (für GV Jens-Uwe Steffen)  
Edda Lessing  
Detlef Reinke  
Hans-Joachim Rösel  
Clauss-Dieter Rommerskirchen  
Reinhard Schaar  
Jörg Schlömann  
Johann Schümann  
Kai Schmidt

1. stellv. Bürgermeisterin

Elisabeth von Bressensdorf - ohne Stimmrecht -

seitens der Gemeindeverwaltung

Annegret Horn, Gleichstellungsbeauftragte  
Jens Richter  
Steffen Klawitter als Protokollführer

als Gäste

Sprecher/innen der Arbeitskreise zur Entwicklung  
des Leitbildes:

Hans-Jürgen Ohlerich (AK Siedlungsentwicklung  
und Wohnen)  
Jürgen Hildebrecht (AK Freiraum und Landschaft)  
Sabine Samel (AK Soziales)  
Wolfgang Keuffel (AK Kinder, Jugend und Schule)  
Ronny Ebert (AK Kultur, Freizeit und Sport)  
Hans-Hermann Horst (AK Wirtschaft und Verkehr)  
Uwe Köhlmann-Thater (AK Verwaltung)

entschuldigt fehlt:

Gemeindevertreter Jens-Uwe Steffen



Die Mitglieder des Hauptausschusses beschließen vor Eintritt in die Tagesordnung einstimmig, diese um den Tagesordnungspunkt 5 "Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Wegezweckverband der Gemeinden des Kreises Segeberg" zu erweitern. Dadurch wird aus dem bisherigen TOP 5 der neue TOP 6. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich damit um jeweils eine Position.

Somit ergibt sich die nachfolgende

**Tagesordnung:**

1. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
2. **Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses 09/2003-2008 am 01.11.2004**
3. **Entwicklung eines Leitbildes für die Gemeinde**
4. **Richtlinien für die Verleihung eines Bürgerpreises**
5. **Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Wegezweckverband der Gemeinden des Kreises Segeberg**
6. **Unterrichtungen / Anfragen**
7. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
8. **Genehmigung von Grundstückskaufverträgen**

**Zu Punkt 1 der Tagesordnung:**

**„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“**

Es werden keine Fragen seitens der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gestellt.

**Zu Punkt 2 der Tagesordnung:**

**„Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses 09/2003-2008 am 01.11.2004“**

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses 09/2003-2008 am 01.11.2004 werden keine Einwendungen erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.



### **Zu Punkt 3 der Tagesordnung:** **„Entwicklung eines Leitbildes für die Gemeinde“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Mitgliedern des Hauptausschusses eine Beratungsvorlage zugegangen.

Zur einheitlichen Vorgehensweise in den zur Entwicklung eines Leitbildes gebildeten Arbeitskreisen werden insbesondere folgende Punkte angesprochen und beraten:

#### **Öffentlichkeit der Arbeitskreissitzungen**

Ein Teil der Arbeitskreissprecher/innen spricht sich dafür aus, die Arbeitskreissitzungen öffentlich durchzuführen. Der andere Teil will die Entscheidung des Hauptausschusses abwarten. Der Sprecher des Arbeitskreises Wirtschaft und Verkehr, Herr Horst, teilt mit, dass sein Arbeitskreis seine bisherigen Termine bereits in der Umschau veröffentlicht hat.

Die Mitglieder des Hauptausschusses sind sich einig, dass die Sitzungen der Arbeitskreise öffentlich durchgeführt werden, um die notwendige Transparenz der Leitbildentwicklung zu gewährleisten.

#### **Rede-, Frage- und Antragsrecht von Besucher/innen der Arbeitskreissitzungen**

Herr Ostwald und Frau Lessing sprechen sich dafür aus, den Arbeitskreissprecher/innen und auch den Besucher/innen der Sitzungen, ein Frage- und Rederecht einzuräumen. Seiner Meinung nach darf es ein Antragsrecht der Besucher/innen nicht geben, da dieses die Arbeit der Arbeitskreise hemmen kann.

Bürgervorsteher Süme ist bezüglich des Frage- und Rederechts für die gleiche Verfahrensweise wie in den gemeindlichen Ausschüssen.

Herr Schümann äußert zum Vorschlag, den Besucher/innen der Arbeitskreise ein Rederecht einzuräumen, seine Bedenken. Er befürchtet hierdurch eine Beeinträchtigung der Effektivität.

Frau Lessing sieht darin keine Probleme und erhofft sich durch das Rederecht kompetente Beiträge.

Der Sprecher des Arbeitskreises Freiraum und Landschaft, Herr Hildebrecht, spricht sich für möglichst offene Sitzungen aus, um viele Informationen zusammenzutragen.

Der Sprecher des Arbeitskreises Kinder, Jugend und Schule, Herr Keuffel, befürwortet eine Einzelregelung in jedem Arbeitskreis, um gegebenenfalls Beeinträchtigungen durch das Rederecht zu vermeiden.

Herr Rösel hält ein Rederecht der Besucher/innen in den Arbeitskreissitzungen für problematisch.

Herr Schmidt sieht dieses Problem nicht, da die Arbeitskreissprecher/innen über die entsprechende Kompetenz verfügen um zu verhindern, dass die Arbeit durch Redebeiträge



der Besucher/innen blockiert wird. Ferner schätzt er den zu erwartenden Bürgerzuspruch für zu gering ein, als dass Beeinträchtigungen zu erwarten wären.

Die Mitglieder des Hauptausschusses kommen einstimmig überein, dass den Besucher/innen der Arbeitskreissitzungen grundsätzlich ein Rede- und Fragerecht gewährt wird. Sollte es Überhand nehmen, ist der/die jeweilige Arbeitskreissprecher/in gefordert, lenkend einzugreifen. Ein Antragsrecht wird den Besucher/innen nicht gewährt.

### **Rede-, Frage- und Antragsrecht der Arbeitskreissprecher/innen in anderen Arbeitskreisen**

Bei den Mitgliedern des Hauptausschusses herrscht Einigkeit darüber, dass den Arbeitskreissprecher/innen in anderen Arbeitskreisen ein Rede-, Frage- und Antragsrecht eingeräumt wird.

### **Veröffentlichung von Zwischenergebnissen**

Herr Schmidt spricht sich dafür aus, die Zwischenergebnisse der jeweiligen Arbeitskreise gemeinsam mit den Arbeitskreisen und dem Hauptausschuss nach einer gemeinschaftlichen Abstimmung und Koordination zu veröffentlichen.

Frau Honerlah schlägt vor, die Zwischenergebnisse auf der Homepage der Gemeinde Henstedt-Ulzburg zu veröffentlichen.

Der Sprecher des Arbeitskreises Kinder, Jugend und Schule, Herr Keuffel, ist lediglich für eine Bekanntgabe der Zwischenergebnisse an den Hauptausschuss, um die Freiheit der sachlichen Arbeit nicht zu gefährden.

Ein Großteil der Arbeitskreissprecher/innen ist ebenfalls gegen eine selbständige Veröffentlichung der Zwischenergebnisse.

Die Mitglieder des Hauptausschusses verständigen sich in Abstimmung mit den Arbeitskreissprecher/innen einstimmig darauf, dass die Arbeitskreise Zwischenergebnisse über ihre Arbeit oder sonstige Pressemitteilungen nicht selbständig herausgeben. Hierfür ist die vorherige Abstimmung mit dem Hauptausschuss erforderlich.

### **Protokolle der Arbeitskreissitzungen**

Herr Ostwald befürwortet, dass die Verwaltung die Protokolle der Arbeitskreissitzungen neben den Mitgliedern des Hauptausschusses auch den Arbeitskreissprecher/innen zusendet. Die Entscheidung, wie die Arbeitskreissprecher/innen damit umgehen, liegt letztendlich in ihrer Hand.

Der Sprecher des Arbeitskreises Kinder, Jugend und Schule, Herr Keuffel, ist gegen eine Versendung von Protokollen an alle Arbeitskreissprecher/innen. Er sieht die Gefahr, dass durch die protokollierten Ergebnisse in den anderen Arbeitskreisen die ergebnisoffene Diskussion beeinträchtigt werden könnte.



Der Sprecher des Arbeitskreises Kultur, Freizeit und Sport, Herr Ebert, schlägt vor, dass sich die Sprecher/innen der Arbeitskreise vor jeder Sitzung des Lenkungsausschusses treffen, um die bisherigen Ergebnisse zu koordinieren. Dieses wird von den anderen Arbeitskreissprecher/innen nicht befürwortet.

Die Mitglieder des Hauptausschusses beauftragen einstimmig die Verwaltung, die Protokolle aller Arbeitskreissitzungen neben den Hauptausschussmitgliedern auch allen Arbeitskreissprecher/innen zuzusenden.

Die Frage, zum Zeitpunkt der Erstellung der Präambel, wird von den Hauptausschussmitgliedern dahingehend beantwortet, dass dessen Fertigung bis zur letzten Sitzung zurückgestellt wird.

Weitere Fragen der Arbeitskreissprecher/innen werden von den Mitgliedern des Hauptausschusses beantwortet.

#### **Zu Punkt 4 der Tagesordnung:** **„Richtlinien für die Verleihung eines Bürgerpreises“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde den Mitgliedern des Hauptausschusses eine Beratungsunterlage zugestellt. Ferner liegt ein Antrag der CDU-Fraktion zur Zusammensetzung der Jury vor. (siehe Anlage zur Niederschrift)

Herr Schaar begründet den Antrag, dass sich abweichend von dem in der letzten Sitzung gefassten Beschluss, wonach der Hauptausschuss entscheidet, nunmehr ein Gremium den Bürgerpreis vergibt, dem neben dem Bürgermeister und dem Bürgervorsteher verschiedene Vertreter/innen der örtlichen Vereine und Organisationen angehören. Ergänzt werden sollte dieser Kreis um jeweils ein/e Vertreter/in des H-U Ortsmarketing und der Kinder- und Jugendvertretung.

Unter den Hauptausschussmitgliedern wird die Zusammensetzung der Jury anschließend kontrovers diskutiert, ohne dass es zu einem einhelligen Votum kommt.

Auf Vorschlag von Herrn Schmidt kommen die Mitglieder des Hauptausschusses überein, die Zusammensetzung der Jury zur Verleihung des Bürgerpreises zunächst noch einmal fraktionsintern zu beraten.

Frau Horn kündigt an, Veränderungsvorschläge zu den Richtlinien zur Vergabe des Bürgerpreises zu machen. Diese liegen der Niederschrift als Anlage bei.



### **Zu Punkt 5 der Tagesordnung:**

#### **„Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Wegezweckverband der Gemeinden des Kreises Segeberg“**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde den Mitgliedern des Hauptausschusses vor Beginn der Sitzung eine Beratungsunterlage überreicht, die von der Verwaltung ergänzend erläutert wird. Anschließend beantwortet die Verwaltung Fragen von Hauptausschussmitgliedern.

**Beschluss:**                    **Der Hauptausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung gemäß Vorlage mit dem Wegezweckverband der Gemeinden des Kreises Segeberg abzuschließen.**

**Beschlussfassung:**    einstimmig

### **Zu Punkt 6 der Tagesordnung:**

#### **„Unterrichtungen / Anfragen“**

#### **Bodenarbeiten im Bürgerpark Beckersberg**

Frau Honerlah fragt an, wieso im Bürgerpark schon Bodenarbeiten stattfinden, obwohl ihrer Kenntnis nach dafür keine Haushaltsmittel in diesem Haushaltsjahr vorhanden sind. Die Verwaltung teilt mit, dass die derzeit durchgeführten Bodenarbeiten schon in diesem Jahr begonnen werden mussten, um sie gemäß einer Auflage des Landrates des Kreises Segeberg bis zum Beginn der Krötenwanderung abgeschlossen zu haben. Für die Neugestaltung des Bürgerparkes sind für das Jahr 2004 unter der Haushaltsstelle 58000.9600 Haushaltsmittel in Höhe von 150.000 € vorgesehen.

#### **Altpapiercontainer**

Gemeindevertreter Steffen bemängelt, dass die Altpapiercontainer in letzter Zeit überfüllt sind. Herr Rommerskirchen sieht die Ursache darin, dass sich die Abholungstermine der Firma Brockmann geändert haben, aber die Einwohner weiterhin das Altpapier an den gewohnten Tagen einwerfen, wodurch die Überfüllung verursacht wird.

#### **Sitzungskalender 2005**

Auf Anfrage von Herrn Rösel teilt die Verwaltung mit, dass der Sitzungskalender 2005 in Kürze verteilt wird.

### **Zu Punkt 7 der Tagesordnung:**

#### **„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“**

Es werden keine Fragen seitens der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gestellt.



Hauptausschussvorsitzender Ostwald schließt entsprechend der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung die Öffentlichkeit zu dem Tagesordnungspunkt 8 aus.

**Zu Punkt 8 der Tagesordnung:**  
**„Genehmigung von Grundstückskaufverträgen“**

Siehe Anlage zur Niederschrift.

Die Anlage ist vertraulich zu behandeln und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

Im Anschluss an die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt stellt Hauptausschussvorsitzender Ostwald die Öffentlichkeit wieder her und gibt die vom Hauptausschuss gefassten Beschlüsse bekannt.

gez. Horst Ostwald  
(Hauptausschussvorsitzender)

gez. Steffen Klawitter  
(Protokollführer)

Gesehen:

gez. Volker Dornquast  
(Bürgermeister)

Anlage

Joachim Süme • Neu Laatziger Straße 2 • 24558 Henstedt-Ulzburg

An den  
Hauptausschuss Vorsitzenden  
Herrn  
Horst Ostwald

Neu Laatziger Straße 2  
24558 Henstedt-Ulzburg  
Telefon (0 41 93) 3129  
Fax: (0 41 93) 95 90 36  
Mobil (0171-3683398)

Henstedt-Ulzburg, den 30.11.2004

### **Richtlinien für die Verleihung eines Bürgerpreises Antrag der CDU-Fraktion**

**In den** Richtlinien für die Verleihung eines Bürgerpreises ist unter Punkt 6 als Entscheidungsgremium der Hauptausschuss vorgesehen.

*Die CDU stellt den Antrag eine neutrale Jury als Entscheidungsgremium einzusetzen, die sich wie folgt zusammensetzt:*

Bürgermeister Volker Dornquast  
Bürgervorsteher Joachim Süme  
Ein/e Vertreter/in der Kirchen  
Vorsitzenden des Sportrates  
Ein/e Vertreter/in des Seniorenbeirates  
Ein/e Vertreter/in der Sozialverbände  
Ein/e Vertreter/in der Schulen  
Total: 7 Personen

Die jeweiligen Einrichtungen entsenden jeweils einen/eine Vertreter/in und benennen einen/eine Stellvertreter/in, damit das Gremium immer Beschlussfähig ist.

*Die Sitzung der Jury ist nicht öffentlich. Es müssen für die Beschlussfähigkeit mindestens 4 Vertreter/innen anwesend sein. Für die Beschlüsse gilt die Mehrheit der Stimmen.*

Gleichstellungsbeauftragte  
- GLB -

Henstedt-Ulzburg, den 17.12.2004  
ho.

An den Vorsitzenden sowie  
Damen und Herren des Hauptausschusses

über

Bürgermeister Dornquast

### **Hauptausschuss 10/2003-2008, Vorlage TOP 4 „Bürgerpreis“**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Damen und Herren des Hauptausschuss, sehr  
geehrter Herr Dornquast,

zum Entwurf der Richtlinie für die Verleihung eines Bürgerpreises gebe ich Ihnen meine  
Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge zur Kenntnis mit der Bitte um  
Berücksichtigung.

#### **Punkt 2: Personenkreis und Verdienste**

Im ersten Abschnitt bei der Aufzählung der zu würdigenden Bereiche schlage ich vor,  
*diesen um einen weiteren Punkt zu ergänzen: „... Menschen, die besonderen Mut oder  
Zivilcourage bewiesen haben“. Dies sollte als besondere Einzelleistung gleichrangig*  
neben dem kulturellen, sozialen und umweltrelevanten Engagement stehen.

Im zweiten Abschnitt bei der Nennung des kulturellen Bereiches sollte das Engagement mit  
einem Beispiel erläutert werden, damit wie in den anderen Aufzählungen eine Vorstellung  
über das zu würdigende Verhalten besteht.

Im dritten Abschnitt beim sozialen Bereich wird mit der Bezeichnung „besondere und  
verdienstvolle Tätigkeiten“ m. E. eine höhere Voraussetzung gefordert als in den anderen  
Bereichen. Hier schlage ich vor, das Wort „besondere“ zu streichen. Bei der beispielhaften  
Aufzählung der Bereiche würde ich den Begriff der „Nachbarschaftshilfe“ hinzufügen, damit  
diese Form der mitmenschlichen Hilfe ebenfalls eine besondere Würdigung erhält, die in der  
heutigen Zeit immer mehr an Bedeutung gewinnt. Den Begriff der „Seniorenpflege“ würde ich  
in „Seniorenarbeit“ ändern, um eine Beschränkung auf einen bestimmten Bereich zu  
vermeiden.

#### **Punkt 4: Vorschläge für die Verleihung des Bürgerpreises**

Im Sinne einer geschlechtergerechten Sprache schlage ich vor, den Begriff „von jedermann“  
zu streichen. Es reicht m. E. die Angabe, dass die Vorschläge schriftlich bis zum ... an die  
Bürgermeisterin oder den Bürgermeister gerichtet werden sollen.

Der zweite Satz bedarf m. E. einer erläuternden Ausführung, um sich ein umfassendes Bild  
über das zu würdigende Engagement machen zu können und Zweifel auszuschließen.

ßen. Auch wird auf diese Weise ein u. U. aufwendiges nachrecherchieren vermieden. Ich schlage folgende Änderung vor:

*„Die Vorschläge sollten enthalten:*

- *Vor- und Zuname der bzw. des Vorgeschlagenen*
- *vollständige Adresse*
- *eine möglichst genaue zeitliche und inhaltliche Darstellung der besonderen Verdienste; die bloße Aufzählung von Ämtern oder Funktionen reicht nicht aus.*

*Vorschläge, die anonym eingereicht werden, bleiben unberücksichtigt.“*

Die Hinzufügung des letzten Satzes halte ich für notwendig, schon um Selbstvorschläge auszuschließen.

## **6. Entscheidung über die Verleihung des Bürgerpreises**

Unabhängig von der Frage der Art und Zusammensetzung des betreffenden Auswahlgremiums halte ich es für erforderlich, in die Entscheidungsfindung einen jeweiligen Sachverstand der zu würdigenden Bereiche mit einzubinden. Dabei sollte auch eine Kenntnis der örtlichen Situation und der bestehenden Rahmenbedingungen gegeben sein. Sollte der Hauptausschuss weiterhin als Entscheidungsgremium vorgesehen sein, würde es sich anbieten, bei Bedarf kundige Personen aus den im CDU-Antrag genannten Institutionen und Vereinen im Rahmen einer „Erörterung“ hinzuziehen. Damit wäre gewährleistet, dass die Entscheidung unter Würdigung aller zu berücksichtigenden Aspekte getroffen wurde.

Mit freundlichen Grüßen

Horn  
Gleichstellungsbeauftragte